



---

**2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport**  
**Gremium:** Ausschuss für Bildung und Sport  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 30.09.2014, 17:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.  
79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Umbau Hofgebäude Gerhart-Hauptmann-Grundschule
  
- 4 Sachstand Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee
  
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019  
**14/SVV/0632** Fraktion DIE LINKE  
auch WA KIS
  
  - 5.2 Azubiwohnheim voranbringen  
**14/SVV/0349** Fraktion SPD
  
  - 5.3 Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule  
**14/SVV/0823** Fraktion DIE LINKE  
HA
  
  - 5.4 Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam  
**14/SVV/0810** FB Bildung und Sport  
FA

- |     |                                                                                                                                                                                             |                                                    |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|
| 5.5 | Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall<br><b>14/SVV/0816</b> | FB Bildung und Sport<br>FA                         |
| 5.6 | Sitzungskalender 2015<br><b>14/SVV/0718</b>                                                                                                                                                 | Stadtverordnete Müller als<br>Vorsitzende der StVV |
| 6   | Mitteilungen der Verwaltung                                                                                                                                                                 |                                                    |
| 7   | Sonstiges                                                                                                                                                                                   |                                                    |
| 7.1 | Sachstand Gesamtschule Bornstedter Feld                                                                                                                                                     |                                                    |



## Niederschrift Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 02.09.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

#### Ausschussmitglieder

Frau Barbara Keller	DIE LINKE	
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	ab 17:55 Uhr
Herr Volker Klamke	SPD	bis 19:35 Uhr
Herr Marcel Piest	SPD	
Frau Ingeborg Naundorf	Grüne/B90	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	

#### zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch AfD

#### sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehrl	Bürgerbündnis-FDP	bis 19:25 Uhr
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	ab 17:35 Uhr
Frau Maja Kulke	DIE aNDERE	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete Geschäftsbereich 2

#### Gast

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung u. Sport
Herr Dietmar Weiberlenn	BL Bildung
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule

Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Gregor Jeckel	BL Wohnen
Herr Jörg Lippert	TSV Waldstädter Teufel
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Jürgen Happich	ESV Lokomotive Potsdam e. V.
Frau Grit Onnen	ESV Lock Potsdam
Herr Johannes Baron v. d. Osten- Sacken	Bürgerbündnis-FDP
Frau Eva Wieczorek	Grüne/B90

**Nicht anwesend sind:**

**sachkundige Einwohner**

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	entschuldigt
----------------------------	---------	--------------

**Schriftführer/in:** Frau Gudrun Wildgrube

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Bestellung der Schriftführerin
- 5 Vorstellung des neuen Jahresprogramms der Volkshochschule
- 6 Sportmöglichkeiten in der Waldstadt II
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen  
Vorlage: 13/SVV/0783  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7.2 Planung neuer Schulen gemäß Schulentwicklungsplan  
Vorlage: 14/SVV/0332  
Fraktion CDU/ANW  
auch Werksausschuss KIS

- 7.3 Vorbereitung für Schul- und Sportinvestitionen  
Vorlage: 14/SVV/0333  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
auch Werksausschuss KIS
- 7.4 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019  
Vorlage: 14/SVV/0632  
Fraktion DIE LINKE  
auch WA KIS
- 7.5 Azubiwohnheim voranbringen  
Vorlage: 14/SVV/0349  
Fraktion SPD
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Bericht Schwimmwettbewerb Yangtze-Crossing und weitere Angebote zur Zusammenarbeit mit der Stadt Wuhan
- 9 Sonstiges
- 9.1 Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Viehrig** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er bittet um Erweiterung der mit der Einladung ausgereichten Tagesordnung. Als TOP 4 soll „Bestellung der Schriftführerin“ aufgenommen werden. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch in der Reihenfolge. Unter Sonstiges soll als TOP 9.1 „Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee“ aufgenommen werden. Er informiert darüber, dass zeitgleich zum Bildungsausschuss der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion tagt. Insofern sei auch für die Zukunft die Behandlung gleicher Beschlussvorlagen in beiden Ausschüssen nicht auszuschließen. Für die heutige Sitzung wurde Herr Jeckel, Bereichsleiter Wohnen, in den Bildungsausschuss eingeladen. Da er auch im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Wohnen als Vertreter der Verwaltung anwesend sein müsse, wird darum gebeten, TOP 7.5 in der Reihenfolge der Behandlung nach vorn zu ziehen. In Zukunft wird die Abstimmung im Vorfeld organisiert, eine Anpassung der Tagesordnung, aus angesprochenen Gründen, ist jedoch nicht auszuschließen. Zu TOP 9.1 ist Herr Happich, Vorsitzender des ESV Lokomotive Potsdam e.V., anwesend, der auch Rederecht erhalten soll. Dieser TOP sollte nach TOP 4 be-

handelt werden, weil auch Herr Happich noch einen weiteren Termin wahrzunehmen hat.

Es gibt keine weiteren Änderungswünsche oder Anmerkungen zur Tagesordnung. Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung und der vorgeschlagenen Verfahrensweise einstimmig zu.

**Herr Kulke** beantragt Rederecht für Herrn Lippert vom TSV Waldstädter Teufel zu TOP 6.

**Herr Viehrig** bittet darum, die vorliegenden Anträge auf Rederecht für Herrn Lippert zu TOP 6 und für Herrn Happich zu TOP 9.1 abzustimmen.

Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

**Herr Viehrig** bittet darum, wie in den Vorjahren praktiziert, für die Vertreter des Staatlichen Schulamtes, des Stadtsporbundes und des Kreisschulbeirates ein ständiges Rederecht im Ausschuss für Bildung und Sport einzuräumen. Das betrifft in der Regel:

Herrn Eckhard Dörnbarck - Staatliches Schulamt

Frau Anne Pichler - Stadtsporbund

Frau Angela Frevert – Kreisschulbeirat

Die Ausschussmitglieder stimmen diesen Rederechten einstimmig zu.

### **zu 3 Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

**Herr Viehrig** teilt mit, dass für den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden ein Vorschlag eingegangen sei. Die Fraktion SPD schlägt Marcel Piest vor. Da es keine weiteren Vorschläge gibt, steht Herr Piest zur Wahl.

Es wird vorgeschlagen, gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf abweichend von der geheimen Wahl, offen abzustimmen. Voraussetzung sei die Einstimmigkeit, d.h. kein Mitglied des Ausschusses für Bildung und Sport dürfe dagegen stimmen. Der Vorschlag wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen.

**Herr Viehrig** stellt den Vorschlag, Herrn Piest als stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Sport zu wählen, zur Abstimmung. Dieser Vorschlag wird einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen.

**Herr Piest** nimmt die Wahl an.

### **zu 4 Bestellung der Schriftführerin**

Zur Schriftführerin für den Ausschuss für Bildung und Sport wird Frau Gudrun Wildgrube, Sachbearbeiterin im Fachbereich Bildung und Sport, bestellt.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu.

### **zu 5 Vorstellung des neuen Jahresprogramms der Volkshochschule**

**Frau Dr. Voigtländer** stellt das neue Programm der Volkshochschule Potsdam

vor. Es gebe eine Fülle von klassischen Kursen in allen Bereichen, die durch innovative Angebote ergänzt werden. Dies verdankt die Volkshochschule ihrer seit Jahren gewachsenen Vernetzung in der Stadt und den Kooperationen am neuen Standort. In ihren Ausführungen geht sie auf einzelne Angebote ein. Sie macht auf den Termin 06.09.2014 aufmerksam. Das Bildungsforum wird ein Jahr und bietet ab 11.00 Uhr ein breites Angebot an Veranstaltungen. Ein besonderer Höhepunkt werde das Lunchpaket Spezial nach der feierlichen Eröffnung durch den Oberbürgermeister sein. Die Ausschussmitglieder sind herzlich eingeladen. Als Problem der Volkshochschule spricht sie an, dass man ausschließlich mit Honorarkräften arbeite. Diesbezüglich gebe es im Rahmen des Bürgerhaushaltes unter den ersten 20 Vorschlägen einen Vorschlag zur Erhöhung der Honorare. Mit diesem Thema müsse man sich auseinandersetzen.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf eine Publikation des Brandenburgischen Volkshochschulverbandes. Darin werde die erfolgreiche Arbeit der Volkshochschule Potsdam u.a. mit dem Projekt Alpha-Kommunal als Vorreiter dargestellt.

**Herr Viehrig** bedankt sich für die Informationen und empfiehlt den Ausschussmitgliedern die Angebote des Bildungsforums am 06.09.2014 anzuschauen.

#### zu 6 **Sportmöglichkeiten in der Waldstadt II**

**Herr Lippert** führt aus, dass die Vereinsmitglieder von der Sperrung des Fußballplatzes überrascht worden seien. Es sei schwierig, dort Fußball zu spielen. Für den Verein sei es wichtig, dass die im Zusammenhang mit der Zaunerhöhung versprochenen Maßnahmen realisiert werden und der Zaun auf der Außenseite des Platzes auch erhöht werde. Nach seiner Wahrnehmung sei die Außenwirkung von Stadtverwaltung und KIS schlecht. Der Platzwart sei nicht informiert worden. Zukünftig erwarte er, dass man auf die Leute zugehe.

**Herr Richter** informiert, dass der KIS nach Beschwerde der Klettersportler reagiert habe. Er finde es schade, dass die Sportler untereinander nicht kommuniziert haben. Der KIS habe in Abstimmung mit dem Fachbereich Bildung und Sport entschieden, den Ballfangzaun auf 6 m zu erhöhen. Die Erhöhung sei beauftragt, die Zaunelemente seien bestellt. Die Fertigstellung des Zaunes werde nach Lieferung erfolgen. Danach werde der Platz wieder freigegeben. Er hinterfragt die angesprochene Zaunerhöhung auf der anderen Seite des Platzes.

**Herr Lippert** erklärt, dass dort Handballer und Basketballer mit kleineren Kindern spielen.

**Herr Richter** erklärt, dass man ein allgemeines Lebensrisiko bei Fußball nicht 100 %-tig ausschließen könne. Bei den Kletterern sei das Risiko sehr hoch. Insofern möchte er hier einen Unterschied sehen.

**Herr Gessner** ergänzt, dass man derzeit auch in Querrichtung Fußball spielen könne. Die Situation wolle man gemeinsam schnell entschärfen.

**Herr Viehrig** bedankt sich für die Informationen. Eine zeitnahe Lösung wurde in Aussicht gestellt. Er bittet Herrn Lippert, diese Informationen weiter zu geben.

#### zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 7.1 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen**

**Vorlage: 13/SVV/0783**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Frau Naundorf** bringt eine neue Fassung des Antrages ein. Hintergrund des Antrages sei ein zunehmender Zuzug von ausländischen Schülerinnen und Schülern.

**Frau Erning** begrüßt den Antrag, es sollte aber die Frage gestellt werden, ob es kommunale Aufgabe oder Aufgabe des Landes ist.

**Herr v. d. Osten-Sacken** verweist darauf, dass das Thema im Zusammenhang mit Schulsozialarbeit erörtert wurde. Hier müsse man nach Prioritäten fragen und sehen, ob es kommunale Aufgabe oder Landesaufgabe ist.

**Herr Kulke** spricht sich für den Antrag aus. Er arbeite als Schulsozialarbeiter in einer Schule und sehe ein großes Problem in der Schullandschaft der Stadt Potsdam. Ältere ausländische Schüler können in eine Integrationsklasse der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule gehen. Für Grundschüler gebe es diese Möglichkeit nicht. Die Stadt Potsdam werde zunehmend Flüchtlingskinder und Kinder mit Kontingentsflüchtlingsstatus erhalten. Insofern spricht er sich dafür aus, auch im Grundschulbereich Integrationsklassen zu schaffen. Hier sehe er schnellen Handlungsbedarf.

**Herr Dörnbrack** möchte das Gesagte versachlichen. Seitens des Staatlichen Schulamtes gebe es diesbezüglich grundlegende Regelungen. Schüler an weiterführenden Schulen ohne Deutschkenntnisse können eine Förderklasse in der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule oder der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule besuchen. Dort werden sie entsprechend der Eingliederungsverordnung in deutscher Sprache gefördert. Die Zuweisung erfolgt in enger und guter Zusammenarbeit mit dem Jugendmigrationsdienst. Für den Grundschulbereich ist mit allen Schulleitungen festgelegt worden, dass man keine Förderklasse bildet, sondern die Förderung in der zuständigen Grundschule nach dem Prinzip „kleine Schüler – kurze Wege“ erfolgt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten wie Aussetzen der Bewertung. Zum Beispiel hatte die Weidenhof-Grundschule ca. 50 Lehrerstunden, d. h. für zwei volle Lehrkräfte. Es ist festgelegt, dass die Schule die Möglichkeit erhält, eine Lehrerwochenstunde für jedes Kind zu beantragen. Insofern könne man Fördermaßnahmen in der Schule anbieten.

**Herr Viehrig** verweist darauf, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

**Herr Wollenberg** möchte differenzieren, was Schule leisten müsse. Er schlägt eine Ergänzung des Antrages vor:

„Die erkannten Bedarfe sollten im Rahmenkonzept Schulsozialarbeit berücksichtigt werden.“

**Frau Rademacher** erklärt, dass es Landesaufgabe sei. Die Verwaltung sei 2013 mit einer ähnlichen Prüfung beauftragt worden (DS 13/SVV/0678). Das jetzige Verfahren wurde in der Mitteilungsvorlage 14/SVV/0156 dargestellt.

**Herr Wollenberg** verzichtet auf die Ergänzung.

**Frau Naundorf** hält die Ergänzung von Herrn Wollenberg für den Prüfauftrag für

nicht erforderlich.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der neuen Fassung vom 02.09.2014

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **prüfen zu lassen, an welchen Potsdamer Schulen besonderer Bedarf für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit geringen Deutschkenntnissen, gegliedert nach Sozialräumen, besteht.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 7.2** **Planung neuer Schulen gemäß Schulentwicklungsplan**  
**Vorlage: 14/SVV/0332**  
Fraktion CDU/ANW  
auch Werksausschuss KIS

**Herr Viehrig** begründet den Antrag. Das Stadtforum Schule hat gezeigt, bei Schulbauten gebe es immer wieder Probleme, wenn Schulen ihre Räume nicht so nutzen können, wie sie es gern wollen. Deshalb solle man bei der Planung neuer Schulen die Schulleitungen von Beginn an einbeziehen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu das Wort „Beginn“ durch „frühzeitig“ zu ersetzen.

**Herr Klamke** führt das Beispiel Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium an und erinnert sich, dass die Schule frühzeitig einbezogen wurde.

**Herr Wollenberg** hält dies für möglich, wo es Schulleitungen gibt. Es gehe nicht bei einer neu zu bauenden Schule, für die es Schüler und Eltern noch nicht gibt. Die Schule gebe sich erst durch die Schulkonferenz das pädagogische Konzept. Solange man Kreditfinanzierung habe, gelte zudem das Raumprogramm des MBS. Er verweist auf die guten Erfahrungen, die man bei der Grundschule im Bornstedter Feld gemacht habe.

**Frau Naundorf** regt an, dass der Schulrat hier tätig werden könnte.

**Frau Frevert** unterstützt aus Sicht des Kreisschulbeirates die Darlegung von Herrn Wollenberg. Er habe zum Ausdruck gebracht, dass es ein Prozess sei. Bei bestehenden Schulen werden diese einbezogen.

**Herr Richter** erklärt, dass man nach Möglichkeit versuche, Schule und Eltern einzubeziehen. Aus seiner Sicht sei der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

**Herr Lack** verweist auf eine Elternversammlung zur Grundschule Bornstedt. Hier wollten sich Eltern einbringen und durften nicht mitplanen.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass es in diesem Fall noch keine Schulleitung gebe.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass es im Fall der Grundschule im Bornstedter Feld keine Schulleitung, aber eine beauftragte Lehrkraft gegeben habe, die sich einbringen konnte. Sie verweist auf den offenen Brief des Kreiselterrates und des Kreisschulbeirates an die Ministerin, in dem diese aufgefordert wird, zeitnah die Raumnutzungsprogramme des MBS anzu-  
passen.

**Herr Dörnbrack** informiert, dass es im Staatlichen Schulamt keinen Baubeauftragten gebe. Wenn die Stadt Potsdam sage, man brauche die Schule, dann müsse man in Vorplanung gehen und eine beauftragte Lehrkraft festlegen. Das habe man in der Vergangenheit so praktiziert. Diese Lehrkraft könne jedoch nicht über das Schulprofil entscheiden.

**Herr Wollenberg** bittet darum das Modell der Grundschule im Bornstedter Feld zu erklären, denn das habe funktioniert.

**Herr Richter** meint ebenfalls, dies sei ein gutes Beispiel, wie man Beteiligung praktizieren könne.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung des veränderten Antrages.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Planung neuer Schulen ~~von Beginn an die Schulleitung~~ **frühzeitig einen pädagogischen Beauftragten** einzubeziehen und darauf zu achten, dass das Raumprogramm, ~~sowie die möglichen~~ **mögliche** pädagogischen Konzepte von Schule und ggf. vorgesehenem Hort zueinander passen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 7.3

**Vorbereitung für Schul- und Sportinvestitionen**

**Vorlage: 14/SVV/0333**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
auch Werksausschuss KIS

**Frau Naundorf** bringt den Antrag ein.

**Herr Wollenberg** äußert Bedenken gegen den Antrag. Es könnte zu Verzögerungen kommen, wenn der Gestaltungsrat nein sage.

**Herr Richter** erklärt, die Vergangenheit habe gezeigt, dass es sich bewährt habe mit dem Gestaltungsrat zusammen zu arbeiten. Er habe nichts gegen einen Workshop. Dort könne man klare Aufgabenstellungen definieren und entsprechend handeln. Der Antrag könne von der Verwaltung unterstützt werden. Es werde aber darum gebeten, dem KIS die Mitteilungsvorlage zu ersparen.

In der weiteren Diskussion verständigt man sich dazu, das Ergebnis in den zu-

ständigen Ausschüssen vorzustellen.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung des geänderten Antrages.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass vor Beginn der jeweiligen VOF-Verfahren für Neubauten von Schulen und Sporthallen die besonderen Nutzungsanforderungen sowie die städtebaulichen und architektonischen Rahmenbedingungen geklärt werden. Dies soll in einem Workshop in der Verantwortung des KIS unter Einbeziehung der Nutzerseite, von Mitgliedern des Gestaltungsrates und des Bau-Ausschusses durchgeführt und **über** das Ergebnis ~~jeweils der Stadtverordnetenversammlung als Mitteilungsvorlage vorgelegt werden.~~ **in den zuständigen Ausschüssen berichtet werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 7.4 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019**

**Vorlage: 14/SVV/0632**

Fraktion DIE LINKE

auch WA KIS

**Herr Wollenberg** bringt den Antrag ein.

**Herr Richter** erklärt, nach jetzigem Kenntnisstand betrage der mit dem Investitionsplan 2017 noch nicht gedeckte Sanierungsbedarf ca. 78 Mio. €. Es sei davon auszugehen, dass ein Teil dieses Bedarfes nicht dem pflichtigen Bereich zuzuordnen ist. Das betreffe den Bereich der Jugendeinrichtungen und Teile der Sporteinrichtungen. Diese dürfen somit nicht über Kreditaufnahmen zu finanzieren sein. Sollte dieser Beschluss gefasst werden, müsse die Stadtverordnetenversammlung so konsequent sein und eine Entscheidung zur Refinanzierung treffen. Seitens des KIS werde empfohlen, dem Beschlussvorschlag nur zu folgen, wenn inhaltlich eine Beschränkung auf unabweisbare Bedarfe erfolgt und mit dem Beschluss der politische Wille zur vollständigen Deckung der Investitionsfolgekosten verbunden werde. Eine Finanzierung weiterer 80 Mio. € werde nicht möglich sein. Bei der Kommunalaufsicht müsse die Pflichtigkeit nachgewiesen werden. Die Kosten müssten durch zusätzliche Einnahmen gedeckt werden.

**Herr Wollenberg** stellt Nachfragen.

**Frau Dr. Magdowski** habe nichts dagegen, wenn die Fraktion DIE LINKE Akteneinsicht in die Unterlagen der Kommunalaufsicht nehme. Neben der Umsetzung des beschlossenen Schulentwicklungsplanes könne man keine weiteren Investitionen tätigen. Sie halte die Umsetzung weiterer Forderungen für unrealistisch. Es sei nicht sinnvoll, diesen Antrag jetzt so zu beschließen.

**Herr Lack** erklärt, dass der Antragsteller gern Einsichtnahme in das Schreiben der Kommunalaufsicht hätte und stellt den Antrag zurück.

**Frau Dr. Magdowski** schlägt vor, das Schreiben der Kommunalaufsicht den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen, wenn Herr Richter nichts dagegen hat.

**Herr Richter** wird das Schreiben als Anlege zum Protokoll zur Verfügung stellen.

**zu 7.5 Azubiwohnheim voranbringen**  
**Vorlage: 14/SVV/0349**  
Fraktion SPD

**Herr Piest** bringt den Antrag ein.

**Herr Viehrig** stellt in den Raum, ob der Ausschuss für Bildung und Sport der zuständige und richtige Ausschuss sei.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0558, die in der SVV am 04.09.2013 behandelt wurde.

**Frau Rademacher** informiert, dass der Fachbereich Bildung und Sport 2013 die Agentur für Arbeit Potsdam, den deutschen Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e. V., die Handwerkskammer Potsdam, die Industrie- und Handelskammer Potsdam, das Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg und die ProPotsdam GmbH angeschrieben habe, um einen Bedarf festzustellen. Im Ergebnis konnte kein zusätzlicher Bedarf festgestellt werden. Der Bereich Beteiligungsmanagement wurde angeschrieben und befragt, ob die ProPotsdam GmbH eine Konzeption zur Unterbringung von Auszubildenden erstellen könne. Es kam der Hinweis, dass die ProPotsdam GmbH anspruchsvolle Konzepte umzusetzen habe und sich dazu nicht in der Lage sehe.

**Herr Jeckel** weist darauf hin, dass in diesem Jahr eine Vereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam zur Mietraumförderung geschlossen wurde, in der man Studierende und Auszubildende als Zielgruppe benannt habe. Er denke, es wäre ein Thema für die Wirtschaftsförderung. Man sollte auch die Frage stellen, ob es Aufgabe der Stadt sei.

**Herr Viehrig** fragt den Antragsteller, wie mit dem Antrag verfahren werden soll.

**Herr Piest** bittet den Antrag zurückzustellen.

**zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 8.1 Bericht Schwimmwettbewerb Yangtze-Crossing und weitere Angebote zur Zusammenarbeit mit der Stadt Wuhan**

**Frau Dr. Magdowski** berichtet über das gute Abschneiden der Schwimmer aus der Sportschule Potsdam. Seitens der chinesischen Schwimmer wurde der Vorschlag unterbreitet, einen Kooperationsvertrag abzuschließen. Sie verweist darauf, dass in der Landeshauptstadt Potsdam viele Olympiasieger leben. Insofern möchte sie anregen, dass sich diese Sportler in Potsdamer Schulen präsentieren und den Schülern berichten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

**Frau Rademacher** informiert über einen offenen Brief des Kreiselterrates an die Ministerin in dem die Aktualisierung der Empfehlungen für die Raumplanung für Potsdamer Schulneubauten und die Mitfinanzierung des Landes angemahnt wird. Dieser wird mit der Niederschrift ausgereicht.

Außerdem teilt sie mit, dass sich der Ausschuss für Bildung und Sport für die Vertretungsreserve an Schulen sehr engagiert hat. Die SVV werde am 30.09.2014 in einer Mitteilungsvorlage darüber informiert, diese einzustellen. Es gebe eine Information des MBSJ dass den Schulen im Land Brandenburg ein durch das MBSJ finanziertes und durch das Staatliche Schulamt verwaltetes Vertretungsbudget in Höhe von 10 Mio. € zur Verfügung steht.

**Herr Wollenberg** möchte wissen, wie die Mittel verteilt werden.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass die Ausgabe schwierig angelaufen sei. Mittlerweile werde das Angebot von Schulleitern verstärkt genutzt. Fakt sei, dass das Prozedere mit einem hohen Aufwand verbunden. Man müsse die Wahl abwarten. Es sei angekündigt, dass das Thema durch die neue Landesregierung wieder aufgegriffen werden soll. Das Schulamt Brandenburg habe die Mittel weitestgehend ausgeschöpft. Ab 1. Oktober 2014 werde es 4 Regionalschulämter geben.

Die Informationen werden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**Frau Dr. Magdowski** lädt die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport zum Potsdamer Weiterbildungstag ein. Dieser findet am 09. September im Stern-Center Potsdam statt. Flyer mit entsprechenden Informationen haben die Ausschussmitglieder erhalten.

## **zu 9 Sonstiges**

### **zu 9.1 Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee**

**Herr Happich** verweist in seinen Ausführungen darauf, dass die Auswahl des Bodenbelages, der die Voraussetzungen für den Schulsport erfülle, für alle zukünftigen Nutzer des Rollsportfeldes problembehaftet sei. Es bedeute für die Sportvereine einen Rückschlag und stelle auf keinen Fall eine Lösung dar. Er hoffe auf eine Lösungsfindung und übergibt ein Positionspapier.

**Frau Rademacher** erklärt, dass bei der Planung und Auswahl des Belages die Schulsportanlage sowie die Belange des Rollsportes und des Rollkunstlaufes zu berücksichtigen waren. Im Rahmen der Genehmigung des Wirtschaftsplanes habe die Kommunalaufsicht dem KIS deutlich gemacht, dass durch Kredite nur der Schulsport zu finanzieren sei. Demzufolge musste über eine Änderung der Belagsausführung diskutiert werden. Mit beiden Vereinen und der Schule seien Gespräche geführt worden. Alle Beteiligten wurden über die nicht Finanzierbarkeit informiert. Es wurde angeboten, sich in die Diskussion einer Lösungsfindung bezüglich des Belages einzubringen. Die Verwaltung werde außerdem prüfen, ob für die Vereine zusätzliche Nutzungszeiten bereitgestellt werden können. Weitere Abstimmungen mit den Vereinen werde es geben.

**Herr Viehrig** spricht sich für eine nochmalige Prüfung aus.

**Herr Richter**, ergänzt, dass die Kommunalaufsicht eine Bestätigung der schulischen Nutzung verlangt habe und vorgeschrieben hat, dass die pflichtige Aufgabenstellung dargestellt werde. Man sei nicht berechtigt, freiwillige Aufgaben zu finanzieren. Der KIS habe sich mit den Vereinen Beläge angeschaut, die Schulsport und bestimmte Rollsportarten ermöglichen. Richtig sei, dass der vorgesehene Belag für bestimmte Sportarten, wie Inlinehockey, ungeeignet ist. Man werde nochmals prüfen, ansonsten sei man gezwungen, einen Multifunktionsbelag zu verwenden.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder an.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf die Diskussion im Rahmen der Schulentwicklungsplanung. Man habe sich darauf verständigt, auch den Sport unterzubringen, da die vorhandenen Sportflächen nicht ausreichen. Der KIS habe große Probleme was die Genehmigung der Finanzierung angehe.

**Herr Wollenberg** bittet die Verwaltung um Klarstellung, ob es sich um ein finanzielles oder ein technisches Problem handelt. Schule und Sport sollten sich noch einmal zu einem von beiden Seiten nutzbaren Belag verständigen.

**Herr Viehrig** nimmt die schriftliche Stellungnahme des Vereins an, die mit der Niederschrift ausgereicht wird. Er bittet die Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten.



Clemens Viehrig  
Ausschussvorsitzender



Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0632**

öffentlich

**Betreff:**

Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 17.06.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

09.07.2014

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das bisher umgesetzte Schul- und Kita-Sanierungsprogramm so weiterzuentwickeln, dass alle Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Sportstätten der Stadt Potsdam bis zum Ende der Wahlperiode 2019 saniert sind.

Grundlage des Sanierungsprogramms sind der Schulentwicklungsplan 2014-2020 (Beschluss der SVV vom 02.04.2014), der Jugendhilfeplan 2014-2018 (Beschluss der SVV vom 05.03.2014) sowie der von der Verwaltung vorgelegte aktuelle Sportentwicklungsplan.

Das fortgeschriebene Sanierungsprogramm ist im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 2015/16 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2014 ein Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung zu geben.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

**Begründung:**

Die Sanierung aller Schulen, einschließlich der Kitas/Horte sowie der Jugendeinrichtungen und Sportstätten muss mit Blick auf die immensen Kapazitätsengpässe weiterhin Priorität haben. Neben dem Schulneubauprogramm müssen die Erhaltung und die Sanierung des Gebäudebestands zwingend fortgeführt werden, um dem Bedarf gerecht zu werden.

Der Begleitbeschluss zum Landtagsneubau auf dem Alten Markt, der einen Abschluss dieses Sanierungsprogramms bis 2014 vorsah, ist nicht erfüllt. Angesichts der bisher erzielten Fortschritte soll der noch bestehende Sanierungsstau bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung 2019 verlässlich abgearbeitet sein.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0349**

öffentlich

**Betreff:**

Azubiwohnheim voranbringen

**Einreicher:** Fraktion SPD

Erstellungsdatum 17.04.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

07.05.2014

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister soll Gespräche mit der IHK Potsdam, der Handwerkskammer Potsdam, der DeHoGa Potsdam sowie der ProPotsdam führen, um mit diesen die Möglichkeiten für Wohnplätze für Azubis zu erörtern. Ziel soll ein Konzept für Azubi-Wohnen sein, bei dem Unternehmen für die eigenen Azubis einen Teil der Miete übernehmen, damit diese hier eine bezahlbare Wohnung finden.

Dies kann auch im Rahmen eines sozialen Wohnungsverbundes zum Beispiel im Neubau des „Atelierhauses“ an der Heinrich-Mann-Allee auf dem Gelände des alten Tram-Depos geschehen.

gez. M. Schubert  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

In Potsdam gibt es viele Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden können. Für Ausbildungsinteressierte von außerhalb Potsdams ist dabei die angespannte Wohnungssituation ein großes Hindernis. Durch die Kooperation von städtischem Wohnungsunternehmen, sowie ggf. weiteren Unternehmen der Wohnungswirtschaft, und den Unternehmensverbänden, besteht die Chance durch Azubi-Wohnungen, bei denen die Ausbildungsbetriebe einen Teil der Miete übernehmen, mehr jungen Menschen die Chance auf einen Ausbildungsplatz in Potsdam zu bieten.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0823**

öffentlich

**Betreff:**

Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 01.09.2014

Eingang 922: 01.09.2014

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
17.09.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, wie die Honorarsituation von Kursleitenden an der Volkshochschule verbessert werden kann.

Dazu ist insbesondere zu prüfen, ob und wie das Berliner Modell für arbeitnehmerähnlich arbeitende Kursleitende übernommen und die Honorare schrittweise erhöht werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2014 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

gez. Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Bildungsangebote der Volkshochschule erfreuen sich vor allem angesichts der flexiblen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Bildungsbedürfnisse von Seniorinnen und Senioren wachsender Nachfrage.

Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit wird von Kursleitenden geleistet, die auf Honorarbasis beschäftigt sind. Die gegenwärtige Honorarsituation dieser Lehrkräfte ist unbefriedigend, so dass diese insbesondere durch die zu leistenden Pflichtbeiträge in einer prekären Lage sind. Dieses bundesweit auftretende Problem muss in Verantwortung der Kommunen gelöst werden. Mit dem Berliner Modell, nach dem in Abhängigkeit von der Stundenzahl seitens der Volkshochschule Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen gezahlt werden, ist ein Weg dafür gefunden worden.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag**  
 **Ergänzungsantrag**  
 **Neue Fassung**

zur Drucksache Nr.

14/SVV/0823

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion DIE aNDERE

**Betreff:** Honorare Kursleiter\*innen Volkshochschule

Erstellungsdatum 15.09.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.09.2014	Stadtverordnetenversammlung		x

#### Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Ds 14/SVV/0823 erhält folgende neue Fassung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Entgelte für Kursleiter\*innen an der Volkshochschule bis zum 01.01.2017 auf 30 €/Stunde zu erhöhen. Die Erhöhung soll ab dem 01.01.2015 in gleichmäßigen Jahresschritten erfolgen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mehrkosten bereits in die Haushaltsentwürfe einzustellen.
2. Spätestens zum 01.01.2017 soll die Volkshochschule in Abhängigkeit von der geleisteten Stundenzahl Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen leisten – wie dies mit dem Berliner Modell bereits in anderen Städten praktiziert wird. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, hierzu spätestens im Mai 2015 einen konkreten Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

#### Begründung:

Die Honorarsätze der Kursleiter\*innen an der Volkshochschule müssen dringend angepasst werden. Nur so kann die Qualität der Kurse gewährleistet und die Abwanderung qualifizierter Kursleiter\*innen verhindert werden.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0810**

**Betreff:**

öffentlich

### Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: FB Bildung und Sport

Erstellungsdatum 28.08.2014

Eingang 922: 28.08.2014

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.09.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

#### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

**Finanzielle Auswirkungen?** Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:****Finanzielle Auswirkungen:**

Auf Grund der Änderungen sind insgesamt Erträge aus Schulraumvermietungen i.H.v. 35 TEUR zu erwarten.

Unter Beachtung der DS SVV 99/01063/1 sind den Schulen bei Vermietungen von Schulräumen 40 Prozent der Erträge als Anreiz für schulrelevante Aufgaben zu überlassen, wonach sich eine Ertragserwartung ab 2014 von 21 TEUR pro Jahr für die Landeshauptstadt Potsdam ergibt. Demnach ist von 14 TEUR als zusätzlicher Aufwand für schulrelevante Aufgaben auszugehen. Die Deckung des Mehraufwands für schulrelevante Aufgaben erfolgt durch den Mehrertrag aus Schulraumvermietungen.

Eine weitere Korrektur der Planansätze erfolgt hinsichtlich der Schulraumvermietungen über einen längeren Zeitraum. Durch die Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung vom 12. Februar 2014 kann festgestellt werden, dass es zu verminderten Vermietungen kam. Durch die jetzt vorgeschlagene Anpassung für langfristige Mietverträge kann nunmehr damit gerechnet werden, dass die prognostizierten Erträge sich stabilisieren

Oberbürgermeister	Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2
	Geschäftsbereich 3	Geschäftsbereich 4

**Berechnungstabelle Demografieprüfung:**

0	0	0	1	0	20	geringe
---	---	---	---	---	----	---------

**Begründung:**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in Ihrer Sitzung am 09.07.2014 beschlossen, die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung um die Kategorie langfristige Mietverträge für bildungsfördernde Inhalte zu ergänzen.

Die Entgelte sollen sich an ortsüblichen Vergleichswerten orientieren und nicht über den in Potsdam üblichen Gewerbemieten liegen. Die Ergänzung soll der SVV im September vorgelegt werden.

Mit dieser Beschlussvorlage wird die von der SVV geforderte Ergänzung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung vorgelegt bzw. eingebracht.

Die Potsdamer Entgeltordnung wurde abgesehen von der Änderung aus diesem Jahr zuvor ca. 13 Jahre nicht angepasst. Aus Sicht der Verwaltung muss auch für die hier in Rede stehenden langfristigen Nutzungen eine Anpassung erfolgen. Zu diesem Zweck wurde der allgemeine Preissteigerungsindex des Statistischen Bundesamtes angewendet. Dieser weist über den betreffenden Zeitraum eine allgemeine Preissteigerung von 22,9% aus. Ausgehend von den ursprünglichen Entgeltstundenansätzen zuzüglich der Preissteigerungsrate ergeben sich die nun zur Beschlussfassung vorgelegten Ansätze.

Stundensatz Klassenraum - alt = 11,00 € zzgl. 22,9% ergibt Stundensatz/langfristig – neu = 13,50 €

Stundensatz Aula/Speiser.- alt = 24,50 € zzgl. 22,9% ergibt Stundensatz/langfristig – neu = 30,10 €

Ein Vergleich mit dem Gewerbemietenspiegel der IHK ist nicht zielführend, da die Gewerbeanmietung eine alleinige dauerhafte Nutzung und die hier zu regelnden Fälle eine stundenweise Nutzung von Klassenräumen zu Grunde legt. Auch die üblichen Raumzuschnitte und Gewerbearten bzw. deren Ertragschancen sind nicht vergleichbar.

Anlage: Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung

Anlage: Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung

**Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom ..... 2014**

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam hat in ihrer Sitzung am ..... folgende Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung beschlossen:

Artikel 1

Die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam vom 12.02.2014, öffentlich bekannt gemacht am 30. April 2014 im Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam wird wie folgt geändert:

Das Entgeltverzeichnis zur Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung wird wie folgt ergänzt:

<u>Tarif-Nr.</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Entgelt in EURO</u>
3.	langfristige Raumnutzung ab ½ Schuljahr für bildungsfördernde Inhalte privater Bildungsanbieter auf dem Gebiet der Musik, Kunst sowie diesbezüglicher regelmäßiger AGs, Kurse o.ä.	
3.1.	Klassenraum pro Stunde	13,50
3.2.	Aula bzw. Speiseraum pro Stunde	30,10

Artikel 2

1. Die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung tritt am Tag ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung vom 12. Februar 2014 außer Kraft.

Potsdam, den

Jann Jakobs  
Oberbürgermeister

**Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage****Betreff:** Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung, Kategorie "Langfristige Mietverträge" ergänzen

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen?  Nein  Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe?  Nein  Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten?  Nein  Ja  Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf die Produktgruppe Nr. 211, 216, 217, 218, 221, 231, 235

Bezeichnung: Grund-, Oberschulen, Gymnasien, Gesamt-, Förderschulen, Oberstufenzentren, Schulen des 2. Bildungsweges.

## 5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
<b>Ertrag</b> laut Plan	-30.662	4.300	4.200	4.200	4.200	4.200	21.100
<b>Ertrag</b> neu	-30.662	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000	105.000
<b>Aufwand</b> laut Plan	0	0	0	0	0	0	0
<b>Aufwand</b> neu	0	0	0	0	0	0	0
<b>Saldo Ergebnishaushalt</b> laut Plan	-30.662	4.300	4.200	4.200	4.200	4.200	21.100
<b>Saldo Ergebnishaushalt</b> neu	-30.662	21.000	21.000	21.000	21.000	21.000	105.000
<b>Abweichung</b> <b>zum Planansatz</b>	0	16.700	16.800	16.800	16.800	16.800	83.900

5. a Durch die Maßnahme entsteht eine Haushaltsentlastung über den Planungszeitraum hinaus bis 2019 in der Höhe von insgesamt 100.700 Euro.

## 6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
<b>Investive Einzahlungen</b> laut Plan								
<b>Investive Einzahlungen</b> neu								
<b>Investive Auszahlungen</b> laut Plan								
<b>Investive Auszahlungen</b> neu								
<b>Saldo Finanzhaushalt</b> laut Plan								
<b>Saldo Finanzhaushalt</b> neu								
<b>Abweichung</b> <b>zum Planansatz</b>								

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. ---  
Bezeichnung --- gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan?  Nein  Ja

Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung  
von            Vollzeiteinheiten verbunden.

Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt?

Nein  Ja

9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt.

Nein  Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

**Anlagen:**

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen  
**(Interne Pflichtanlage!)**
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0816**

**Betreff:**

öffentlich

**Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg -  
Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall**

**bezüglich**

**DS Nr.: 12/SVV/0767**

Erstellungsdatum 28.08.2014

Eingang 922: 28.08.2014

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

17.09.2014 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Um den Unterrichtsausfall an Potsdamer Grund- und Förderschulen zu reduzieren, wurde in den Schuljahren 2011/2012 und 2013/2014 eine durch die Landeshauptstadt Potsdam auf Honorarbasis finanzierte Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall eingeführt. Diese Vertretungsreserve war mangels einer Landesregelung/-finanzierung eingerichtet worden, um die Nachteile für die Schulen zu mildern.

Gleichzeitig führte die Verwaltung unter Beteiligung des Kreisschulbeirates und Kreiselternrates Gespräche mit dem für das pädagogische Personal an Schulen zuständigen Ministerium für Bildung Jugend und Sport (MBS) über die erforderliche künftige Landesfinanzierung.

Das letzte Gespräch mit dem MBS zu diesem Thema fand am 06. März 2013 statt. Zum damaligen Zeitpunkt bestand Ungewissheit, wann das Land Abhilfe gegen den Unterrichtsausfall leisten kann, da personal- und haushaltsrechtliche Fragen zu klären waren. Im Gesprächsprotokoll des MBS wurde festgehalten, dass der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam eine schriftliche Mitteilung über Ergebnis und Stand zur Einführung der landesrechtlichen Regelungen erhält.

Auf Grund der in 2013 noch fehlenden Landesregelung hatte die Stadtverordnetenversammlung die Fortführung des Lehrer-Vertretungsfonds mit jeweils 70 TEUR für die Schuljahre 2013/2014 und 2014/2015 legalisiert.

Am 09. Juli 2014 informierte nunmehr die Ministerin, Frau Dr. Münch, in einer Beratung, zu der die Oberbürgermeister und Landräte geladen waren, u.a. über die Einführung der Landesregelung zum 01. Januar 2014. Bereits zuvor, am 23. Januar 2014 waren die Schulen in einer zentralen Veranstaltung des Staatlichen Schulamtes über Näheres zur Umsetzung des Vertretungsbudgets informiert worden.

Danach steht nunmehr den Schulen im Land Brandenburg ein durch das MBS finanziertes und durch das Staatliche Schulamt verwaltetes zusätzliches Vertretungsbudget in Höhe von jährlich zehn Millionen Euro zur Verfügung. Die Schulleitungen aller Schulformen sollen im Rahmen ihres Budgets kurzfristig und vorübergehend Vertretungslehrkräfte einstellen können. In Betracht kommen dafür insbesondere:

**Fortsetzung der Mitteilung Seite 3**

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Finanzielle Auswirkungen:

Die für den Zeitraum vom August bis Dezember 2014 bzw. vom Januar bis Juli 2015 vorgesehenen Aufwendungen im Produkt 2430001 (Honorare) in Höhe von jeweils 35.000 € stehen nach Einstellung der Vertretungsreserve dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam wieder zur Verfügung.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

**Fortsetzung der Mitteilung:**

- ▶ Lehrkräfte (Laufbahnbewerber),
- ▶ Teilzeitkräfte, die vorübergehend zu einer Stundenaufstockung bereit sind, im Ruhestand oder in Altersrente befindliche Lehrkräfte,
- ▶ Personen mit Erster Staatsprüfung/Master für ein Lehramt,
- ▶ Personen mit affinen Hochschulabschlüssen oder
- ▶ Lehramtsstudierende

Weiterhin sollen die Vertretungslehrkräfte einen Arbeitsvertrag mit einer entsprechenden Eingruppierung und Stufenzuordnung erhalten und regulären Vertretungsunterricht erteilen.

Auf Grund der nunmehr vorhandenen Landesregelung hat die städtische Finanzierung ihre Berechtigung verloren. Somit wird die Finanzierung der qualifizierten Betreuung von Grund- und FörderschülerInnen bei Unterrichtsausfall durch die Landeshauptstadt Potsdam (Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall) mit Beginn des neuen Schuljahres eingestellt werden können.

Die vorgesehenen Aufwendungen für den Zeitraum vom August bis Dezember 2014 bzw. vom Januar bis Juli 2015 können dann für andere Zwecke zur Verfügung stehen.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0718**

öffentlich

**Betreff:**  
Sitzungskalender 2015

**Einreicher:** Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV

Erstellungsdatum 04.08.2014

Eingang 922: 04.08.2014

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
17.09.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2015 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

B. Müller

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**


Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Festlegung der Sitzungstermine für die Stadtverordnetenversammlung bildet die Grundlage für die Planung aller anderen Gremien.

Dazu wird zum Ende eines jeden Kalenderjahres ein Sitzungskalender für das Folgejahr zur Beschlussfassung vorgelegt und nach Beratung in den Gremien durch die StVV als Arbeitsgrundlage beschlossen, um die ehrenamtliche Arbeit der Stadtverordneten planbarer gestalten zu können.

Der vorgelegte Entwurf des Sitzungskalenders entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre unter weitestgehender Beibehaltung der traditionellen Sitzungstermine. Allerdings lassen sich durch Feier- und Ferientage Änderungen bzw. Überschneidungen nicht vollständig verhindern.

In der Zeit der Schulferien sollen möglichst keine Sitzungen stattfinden.

**Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind sowohl unter Berücksichtigung der Ladungsfristen (10 Tage für Ausschusssitzungen) und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschusssmitglieder, als auch unter Beachtung der Beratung von Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung in der nächstfolgenden Ausschusssitzung möglich.**

**Änderungen sind in den Gremien zu beantragen, die davon betroffen sind.**

Der Sitzungskalender soll in am 05.11.2014 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Anschließend wird dieser in gedruckter Form ausgereicht und die Termine im RIS veröffentlicht.

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
Do 1 Neujahr	So 1		So 1		Mi 1 StVV Osterferien	Fr 1 Maifeiertag	Mo 1 FS				
Fr 2 Weihnachtsferien	Mo 2 Winterferien	Mo 2 FS	Mo 2	Fr 2	Do 2	Sa 2	Di 2 ÄR				
Sa 3	Di 3	Di 3 ÄR	Di 3	Fr 3	Fr 3 Karfreitag	So 3	Mi 3 StVV mit Einwohnerfragestunde				
So 4	Mi 4	Mi 4 StVV mit Einwohnerfragestunde	Mi 4	Sa 4	Sa 4	Mo 4 FS	Do 4				
Mo 5 FS	Do 5	Do 5	Do 5	So 5	So 5 Ostersonntag	Di 5 ÄR	Fr 5				
Di 6 GSI	Fr 6	Fr 6	Fr 6	Mo 6	Mo 6 Ostermontag	Mi 6 StVV	Sa 6				
Mi 7 HA	Sa 7	Sa 7	Sa 7	Di 7	Di 7	Do 7	So 7				
Do 8 KOUL	So 8	So 8	So 8	Mi 8	Mi 8	Fr 8	Mo 8 FS				
Fr 9	Mo 9 FS	Mo 9 FS	Mo 9	Do 9	Do 9	Sa 9	Di 9 SBV, E/B				
Sa 10	Di 10 SBV, E/B	Di 10 SBV, E/B	Di 10	Fr 10	Fr 10	So 10	Mi 10 HA				
So 11	Mi 11 HA	Mi 11 HA	Mi 11	Sa 11	Sa 11	Mo 11 FS	Do 11				
Mo 12 FS	Do 12 KOUL	Do 12	Do 12	So 12	So 12	Di 12 SBV, E/B	Fr 12				
Di 13 SBV, B/S, Anschl., Präs.	Fr 13	Fr 13 WA KIS	Fr 13	Mo 13	Mo 13 FS	Mi 13 HA	Sa 13				
Mi 14 FA	Sa 14	Sa 14	Sa 14	Di 14	Di 14 SBV, E/B	Do 14 Christi Himmelfahrt	So 14				
Do 15 K/W, JHA	So 15	So 15	So 15	Mi 15	Mi 15 HA	Fr 15 Ferientag	Mo 15 FS				
Fr 16	Mo 16 FS	Mo 16 FS	Mo 16	Do 16	Do 16	Sa 16	Di 16 GSI, B/S, Anschl., Präs.				
Sa 17	Di 17 GSI, B/S, Anschl., Präs.	Di 17 GSI, B/S, Anschl., Präs.	Di 17	Fr 17	Fr 17	So 17	Mi 17 FA				
So 18	Mi 18 FA	Mi 18 FA	Mi 18	Sa 18	Sa 18	Mo 18 FS	Do 18 K/W, KOUL				
Mo 19 FS	Do 19 K/W	Do 19 K/W, KOUL	Do 19	So 19	So 19	Di 19 GSI, B/S, Anschl., Präs.	Fr 19				
Di 20	Fr 20	Fr 20	Fr 20	Mo 20	Mo 20 FS	Mi 20 FA	Sa 20				
Mi 21 HA	Sa 21	Sa 21	Sa 21	Di 21	Di 21 GSI, B/S	Do 21 K/W, KOUL	So 21				
Do 22	So 22	So 22	So 22	Mi 22	Mi 22 FA	Fr 22	Mo 22 FS				
Fr 23	Mo 23 FS	Mo 23 FS	Mo 23	Do 23	Do 23 K/W, KOUL	Sa 23	Di 23 SBV				
Sa 24	Di 24 SBV	Di 24 SBV	Di 24	Fr 24	Fr 24	So 24 Pfingstsonntag	Mi 24 HA				
So 25	Mi 25 HA	Mi 25 HA	Mi 25	Sa 25	Sa 25	Mo 25 Pfingstmontag	Do 25 JHA, RPA				
Mo 26 FS	Do 26 JHA, RPA	Do 26 JHA, RPA	Do 26	So 26	So 26	Di 26 SBV	Fr 26				
Di 27 ÄR	Fr 27	Fr 27	Fr 27	Mo 27	Mo 27 FS	Mi 27 HA	Sa 27				
Mi 28 StVV	Sa 28	Sa 28	Sa 28	Di 28	Di 28 SBV, Anschl., Präs.	Do 28 JHA, RPA	So 28				
Do 29 WA KIS		So 29	So 29	Mi 29	Mi 29 HA	Fr 29 WA KIS	Mo 29 FS				
Fr 30		Mo 30 FS	Mo 30	Do 30	Do 30 JHA, RPA	Sa 30	Di 30 ÄR				
Sa 31		Di 31 ÄR	Di 31			So 31					

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember		
Mi	1	StVV	Sa	1		Di	1	SBV	Do	1	JHA, RPA	So	1		Di	1	ÄR
Do	2		So	2		Mi	2	HA	Fr	2		Mo	2	FS	Mi	2	StVV mit Einwohnerfragestunde
Fr	3		Mo	3		Do	3	JHA	Sa	3	Tag der Deutschen Einheit	Di	3	ÄR	Do	3	
Sa	4		Di	4		Fr	4		So	4		Mi	4	StVV	Fr	4	
So	5		Mi	5		Sa	5		Mo	5	FS	Do	5		Sa	5	
Mo	6	FS	Do	6		So	6		Di	6	ÄR	Fr	6		So	6	
Di	7	SBV, E/B, GSI	Fr	7		Mo	7	FS	Mi	7	StVV	Sa	7		Mo	7	FS
Mi	8	HA	Sa	8		Di	8	ÄR	Do	8		So	8		Di	8	SBV, E/B
Do	9	WA KIS	So	9		Mi	9	StVV mit Einwohnerfragestunde	Fr	9		Mo	9	FS	Mi	9	HA
Fr	10		Mo	10		Do	10		Sa	10		Di	10	SBV, E/B	Do	10	
Sa	11		Di	11		Fr	11		So	11		Mi	11	HA	Fr	11	
So	12		Mi	12		Sa	12		Mo	12	FS	Do	12	WA KIS	Sa	12	
Mo	13	FS	Do	13		So	13		Di	13	SBV, E/B	Fr	13		So	13	
Di	14	KOUL, B/S	Fr	14		Mo	14	FS	Mi	14	HA	Sa	14		Mo	14	FS
Mi	15	FA	Sa	15		Di	15	E/B	Do	15	K/W KOUL	So	15		Di	15	GSI, B/S
Do	16	Sommerferien	So	16		Mi	16		Fr	16		Mo	16	FS	Mi	16	FA
Fr	17		Mo	17		Do	17		Sa	17		Di	17	GSI, Anschl., Präs.	Do	17	K/W, KOUL
Sa	18		Di	18		Fr	18		So	18		Mi	18	FA	Fr	18	
So	19		Mi	19		Sa	19		Mo	19	Herbstferien	Do	19	K/W KOUL	Sa	19	
Mo	20		Do	20		So	20		Di	20	Anschl., Präs., GSI	Fr	20		So	20	
Di	21		Fr	21		Mo	21	FS	Mi	21	FA	Sa	21		Mo	21	FS
Mi	22		Sa	22		Di	22	GSI, Anschl., Präs.	Do	22		So	22		Di	22	
Do	23		So	23		Mi	23	FA	Fr	23		Mo	23	FS	Mi	23	Weihnachtsferien
Fr	24		Mo	24		Do	24	K/W, KOUL	Sa	24		Di	24	SBV, B/S	Do	24	Heiligabend
Sa	25		Di	25	Anschl., Präs.	Fr	25	WA KIS	So	25		Mi	25	HA	Fr	25	1. Weihnachtsfeiertag
So	26		Mi	26		Sa	26		Mo	26		Do	26	JHA, RPA	Sa	26	2. Weihnachtsfeiertag
Mo	27		Do	27		So	27		Di	27		Fr	27		So	27	
Di	28		Fr	28		Mo	28	FS	Mi	28	HA	Sa	28		Mo	28	
Mi	29		Sa	29		Di	29	SBV, B/S	Do	29		So	29		Di	29	
Do	30		So	30		Mi	30	HA	Fr	30		Mo	30	FS	Mi	30	
Fr	31		Mo	31	FS				Sa	31	Reformationstag				Do	31	

# SITZUNGSKALENDER 2015

Januar - Dezember

<b>Legende:</b>		<b>Beginn:</b>	
Anschl.	-	Antragschluss	
ÄR	-	Ältestensrat	18:00 Uhr
B/S	-	Ausschuss für Bildung und Sport	17:30 Uhr
E/B	-	Ausschuss für Eingaben und Beschwerden	16:30 Uhr
FA	-	Ausschuss für Finanzen	17:30 Uhr
FS	-	Fraktionssitzung	
HA	-	Hauptausschuss	17:00 Uhr
JHA	-	Jugendhilfeausschuss	16:30 Uhr
K/W	-	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	18:00 Uhr
MB	-	Migrantenbeirat	15:00 Uhr
Präs.	-	Präsidiumssitzung	17:00 Uhr
KOUL	-	Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung	18:00 Uhr
RPA	-	Rechnungsprüfungsausschuss	17:30 Uhr
SBV	-	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	18:00 Uhr
GSI	-	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion	18:00 Uhr
StVV	-	Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	15:00 Uhr
OBR	-	Ortsbeirat	
WA KIS	-	Werksausschuss Kommunaler Immobilienservice	17:30 Uhr (Donnerstag) 15:00 Uhr (Freitag)